

Verteiler:

Fraktionssprecher für Haushalt, Bau, Umwelt, Klima und Energie
Landesgruppenvorsitzende von SPD und CDU/CSU

Berlin, den 05.11.2019

Wohngebäude: Klimaziele sozialverträglich erreichen

Zuschussvariante für alle – Fördersätze erhöhen – ausreichende Mittel bei steigender Nachfrage sichern

Sehr geehrte Damen und Herren,

der Deutsche Mieterbund, der Deutsche Verband für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung und der GdW Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen e.V. stehen nachdrücklich zu den Klimazielen 2030 und 2050 für den Gebäudebestand.

Klimaschutzmaßnahmen im Gebäudebestand sind im Regelfall aber nicht aus sich heraus (über Energiekosteneinsparungen) finanzierbar. Im vermieteten Wohnungsbestand verbleibt ein erhebliches und mit höheren Effizienzstandards weiter steigendes Finanzierungsdelta zwischen Maßnahmenkosten bzw. Mieterhöhungen und Energiekosteneinsparung. Der notwendige forcierte Klimaschutz im Mietwohnungsbestand wird ohne Berücksichtigung der "sozialen Frage", also der Bezahlbarkeit des Wohnens, zu erheblichen Konflikten führen, die den sozialen Frieden in Deutschland nachhaltig gefährden können.

Wir begrüßen daher die Ansätze des Klimaschutzprogrammes 2030 und weisen dringend auf folgende wesentliche Punkte hin:

1. Die geplante **Erhöhung der Fördersätze für Effizienzhäuser um 10 %** muss zügig umgesetzt werden.
2. Gleichzeitig muss für alle Eigentümer von Wohngebäuden die **freie Wahl zwischen einem direkten Zuschuss und einer Kreditvariante** für Einzelmaßnahmen und umfassende Modernisierungen möglich sein.
3. Sollte sich zeigen, dass mit diesen beiden Punkten die Fördermittel wie gewünscht stärker abfließen, muss für die **notwendige Mittelaufstockung** gesorgt sein. Es muss unbedingt vermieden werden, dass der Schwung wieder durch Verschlechterung der Förderbedingungen oder fehlende Fördermittel ausgebremst wird.

Diese drei Punkte müssen außerdem langfristig verlässlich umgesetzt werden. Nur so wird wie geplant die Adressatenfreundlichkeit und Attraktivität der Förderung deutlich gesteigert und stärker auf ambitioniertere Maßnahmen gelenkt werden können. Nur mit langfristiger Perspektive werden auch Bauwirtschaft und Bauindustrie die notwendigen Kapazitäten aufbauen.

Im Übrigen sind wir nach wie vor der Auffassung, dass zur Erreichung des 95 %-Zieles 2050 für Wohngebäude unwirtschaftliche Mehrkosten¹ in Höhe von 25 Mrd. EUR p.a. gegenüber den derzeitigen Modernisierungsinvestitionen entstehen werden, allein für vermietete Wohngebäude in Höhe von 10 Mrd. EUR p.a.. Die Kostentragung für diese unwirtschaftlichen Mehrkosten ist nach wie vor ungeklärt! Die Berechnungen hierzu finden Sie unter <https://www.energiestage.de/365/projekte/klimaziele-sozialvertraeglich-erreichen.html>.

Mit freundlichen Grüßen



Lukas Siebenkotten
DMB (Deutscher Mieterbund)



Michael Groschek
Staatsminister a.D.
DV (Deutscher Verband)



Axel Gedaschko
GdW (Bundesverband deutscher Wohnungs- u. Immobilienunternehmen e.V.)

¹ Die Mehrkosten enthalten die Mehrinvestitionen (= Kapitalkosten) plus zusätzliche Wartungs- und Instandhaltungskosten minus Energiekosteneinsparung.